

Weltklimagipfel

21.12.2009

Leo Mayer

Die Umweltorganisation Greenpeace sprach von einem "ernüchternden" Kompromisspapier. "Kopenhagen ist der Tatort, von dem schuldige Männer und Frauen zum Flughafen fliehen. Es gibt keine Ziele zur Reduzierung von CO₂-Emissionen und keine Vereinbarung über einen rechtlich verbindlichen Vertrag", sagte der britische Greenpeace-Geschäftsführer John Sauven.

Durch ihre Verzögerungstaktik hätten die Industriestaaten "Millionen Menschen zu Hunger, Leid und Tod verurteilt, während sich der Klimawandel beschleunigt", sagte der Vorsitzende des Umweltverbands Friends of the Earth International, Nnimmo Bassey. Das alles sei "eine Katastrophe für die ärmsten Länder".

Klimagerechtigkeit:?

Jeder Mensch auf diesem Globus hat das gleiche Recht zur Nutzung der Atmosphäre, aber auch die gleiche Pflicht dieses Recht auch den künftigen Generationen zu erhalten - d.h. in einer Art und Weise zu produzieren und zu konsumieren, dass dieses Recht möglich ist. (siehe auch Anhang)

Realität:

Ein US-Bürger erzeugt im Jahresdurchschnitt rund 20 Tonnen CO₂ - viermal mehr als ein Chinese. Hinzu kommt das CO₂, das in China für den US-Konsum verursacht wird. Die absolute CO₂-Menge, die China erzeugt, ist inzwischen aber größer als die der USA.

Hugo Chavez:

„Ich möchte erinnern: Die 500 Millionen reichsten Menschen, 500 Millionen, - das ist 7%, 7%, 7% der Weltbevölkerung. Diese 7% sind verantwortlich. Diese 500 Millionen reichsten Menschen sind verantwortlich für 50% der Schadstoff-Emissionen. Demgegenüber sind die 50% der ärmsten Menschen nur für 7% der Schadstoff-Emissionen verantwortlich. Darum ruft es in mir Beachtung hervor und ist ein wenig merkwürdig, hier die USA und China auf gleicher Ebene zu nennen. Die USA haben vielleicht mal gerade 300 Millionen Einwohner.

China hat fast 5-mal mehr Bevölkerung als die USA.

Die USA verbrauchen mehr als 20 Millionen Barrel täglich an Erdöl. China kommt nur auf 5,6 Millionen Barrel täglich beim Verbrauch von Erdöl. Man kann nicht dasselbe von den USA und China fordern.“

Zu dem Ansatz, Industrieländer und Schwellenländer gleich zu behandeln, die Erklärung der DKP:

„Den Ländern der Dritten Welt und den sogenannten „Schwellenländern“ wie Indien und China wollen sie die wirtschaftliche Entwicklung faktisch verbieten. Sie ignorieren, dass es zwar eine gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung gibt,

die die historische Verantwortung der industrialisierten Länder ebenso berücksichtigt wie das Recht der armen Länder auf Entwicklung. Sie ignorieren, dass die entwickelten Industrieländer vorangehen müssen bei einem grundlegenden Wandel der Produktions- und Konsumtionsweise - mit einschneidender Reduzierung der Emissionen, mit drastischer Energieeinsparung und einem raschen Wechsel zu erneuerbarer Energie. Sie ignorieren, dass die entwickelten Industrieländer den armen Ländern umfassende technische und finanzielle Unterstützung für die Überwindung von Unterentwicklung und Armut und für den Aufbau umweltschonender Produktion und Energieerzeugung geben müssen.“

Angela Merkel schiebt die Schuld für das Scheitern den USA und China zu.

USA:

Auf politischer Ebene war die US-Delegation in einer komplizierten Situation. Mit Barack Obama ist erstmals ein Präsident im Weißen Haus, der möglicherweise den Klimawandel ernst nimmt und bekämpfen will. Aber gleichzeitig tobt im US-Senat ein erbitterter Kampf um die Klimagesetzgebung. Die Öl- und Kohle-, Energie-, Autoindustrie und der MIK mobilisieren gegen jegliche Einschränkung der Nutzung fossiler Energieträger mit einer gewaltigen Medienkampagne, „wissenschaftlichen“ Gutachten und Druck auf die Abgeordneten. Auf 1 Abgeordneten kommen 4 Lobby-Vertreter dieser Sektoren.

Ein Vertreter der US-Delegation (nach Spiegel online): „Die Europäer ignorieren einen wichtigen Aspekt bei der Schadstoffdebatte: die jährliche Absenkung. Die weltweiten Emissionen müssen ziemlich schnell ziemlich stark fallen. Die USA wollen ihre ab 2012 um zwei Prozent pro Jahr senken, die Europäer nur um ein Prozent. Die Europäer schauen außerdem nur so gern auf das Jahr 1990, weil im folgenden Jahrzehnt unvorhergesehene Entwicklungen wie der Fall des Ostblocks und das Ende schadstoffintensiver Industrien bei ihnen für niedrigere Emissionswerte sorgten. Vergleichbares hat es in Amerika nicht gegeben.“

Es geht nicht darum, das Verhalten der US-Regierung zu entschuldigen, sondern die politischen Kräfteverhältnisse und die Interessen zu verdeutlichen.

USA - China

In Kopenhagen wurde der Konflikt USA - China ausgetragen. Hinter diesem Konflikt steht, dass beide Staaten verhindern wollen, dass ihre eigene Produktion durch Klimaschutzauflagen teurer wird und der andere durch geringere Auflagen besser davonkommt. China braucht wirtschaftliche Entwicklung und Wachstum, d.h. steigender Rohstoffbedarf und wachsende Emissionen

Dies ist die eine Seite. Die andere: Wirtschaftlich gesehen haben sich die Ökonomien von China und den USA in den vergangenen Jahren so verwoben, dass Nachteile für den einen auch Nachteile für den anderen sind.

China versorgt die USA mit billigen Produkten und mit unbegrenzten Krediten. Es ist nicht nur die Werkbank der USA, sondern auch die Bank der USA.

Die USA wiederum bieten China einen riesigen Absatzmarkt und versorgen sie mit Zinszahlungen. Auch wenn Hunderttausende US-Jobs nach China abgewandert sind, haben die USA kein Interesse daran, dass der rasche ökonomische Aufstieg Chinas Schaden nimmt. Denn das würde die eigene Kreditpumpe gefährden.

Umgekehrt haben die Chinesen kein Interesse daran, dass die USA wirtschaftlich schwächeln - indem sie ihre CO₂-Emissionen kurzfristig drosseln.

Kapitalismus kann Problem nicht lösen

Evo Morales in seiner Rede in Kopenhagen: „.. *ich bin sehr überrascht, denn sie behandeln nur die Folgen und nicht die Ursachen des Klimawechsels. .. Wenn wir nicht Ursachen für die Zerstörung der Umwelt aufdecken [.] werden wir sicherlich niemals dieses Problem lösen.*“

In der Erklärung der DKP: „*Das Problem heißt nicht CO₂, sondern Kapitalismus*“

Marx lieferte die theoretische Begründung für die sich im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise unaufhaltsam ausbreitende Naturzerstörung mit der Analyse des Lebensprozesses des Kapitals, der „nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert“ besteht.

Da die Verwertung des Werts der Selbstzweck und die wachsende Aneignung des abstrakten Reichtums das treibende Motiv kapitalistischer Produktion sind, kennt das Kapital kein Maß außer sich selbst und leugnet jegliche Grenzen.

Im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise werden umweltschonendere Technologien entwickelt. Aber deren ressourcenschonender Effekt wird durch das kapitalistische Produktionswachstum zunichte gemacht:

Aus einer Tonne Stahl etc. werden mehr Gebrauchsgüter als vorher hergestellt. Damit wird auch weniger Arbeit für die Erschließung verausgabt.

Weil diese höhere Ressourcenproduktivität also zu höherer Arbeitsproduktivität führt, werden sich umweltschonende Technologien im Kapitalismus tendenziell durchsetzen!

Das hat aber bisher nicht dazu geführt - und wird auch nicht dazu führen -, dass der Verbrauch von Ressourcen und der Abfall gesunken wäre.

Im Gegenteil: Die Steigerung der Ressourcenproduktivität hat die Naturzerstörung nicht gestoppt, weil das Produktionswachstum nicht gestoppt worden ist. Und dies kann nicht gestoppt werden, so lange die Profitlogik die wirtschaftlichen Prozesse bestimmt und jeden einzelnen Kapitalisten zwingt, sein Kapital fortwährend auszudehnen und seine Produktion auf ständig erweiterter Stufenleiter fortzusetzen, um sein Kapital zu erhalten

Das Kapital ignoriert - und muss in seinem systemimmanenten Streben nach Maximalprofit ignorieren (also nicht Profitgier, sondern Profitzwang) -, dass wir auf unserem Planeten in einer endlichen Welt mit ihren objektiven Grenzen leben. Die Natur ist weder in der Lage, in ständig wachsendem Maße der Produktion die Rohstoffe zu liefern noch deren Abfälle aufzunehmen.

Die kapitalistische Produktionsweise stößt an ihre natürlichen Grenzen.

Wie Marx prognostiziert hatte: Die kapitalistische Produktionsweise untergräbt beide Quellen des sachlichen Reichtums: die menschliche Arbeitskraft und die äußere Natur.

Chavez:

„Wie lange, so fragen wir uns von Venezuela aus, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, wie lange werden wir diese Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten zulassen? Wie lange werden wir die derzeitige Weltwirtschaftsordnung und die geltenden Marktmechanismen tolerieren? .. Wie lange werden wir bewaffnete Auseinandersetzungen zulassen, die Millionen unschuldiger Menschen morden, nur damit sich die Mächtigen der Bodenschätze anderer Völker bemächtigen?“

Der Sozialismus, das ist die Richtung, dies ist die Richtung für die Errettung des Planeten. Ich habe nicht den geringsten Zweifel daran. Und der Kapitalismus ist der Weg der Hölle, zur Zerstörung der Welt. ... Warten wir nicht mit den Händen im Schoße den Tod der Menschheit ab!“

DKP:

„Der venezolanische Präsident Hugo Chávez sagte auf der Konferenz, unter großem Beifall zahlreicher Vertreter aus der Dritten Welt: „Verändern wir nicht das Klima. Verändern wir das System! Und als Ergebnis werden wir beginnen, den Planeten zu retten. Der Kapitalismus, das zerstörerische Entwicklungsmodell, macht Schluss mit dem Leben. Er droht, endgültig der Gattung Mensch ein Ende zu bereiten!“

Die Reaktionen auf Chávez und ähnliche Redebeiträge sind es, die für mehr als einen Funken Hoffnung in der Welt sorgen.

Denn in Kopenhagen gab es neben dem unwürdigen Schauspiel vor allem der westlichen Staatschefs, die zu keinen Zeitpunkt an einem ernsthaften Ergebnis interessiert waren, eine bemerkenswerte Entwicklung:

Unbeeindruckt von massiven Repressionsmaßnahmen der „Sicherheitskräfte“, von Schlagstockeinsatz, Tränengas und Wasserwerfern, von willkürlichen Verhaftungen und Maulkorberlass selbst für die bürgerliche Presse entsandt in Kopenhagen die Keimzelle einer starken, globalen Klimabewegung.

Zigtausende von Aktivisten aus der ganzen Welt trafen sich in begleitenden Veranstaltungen, bei Aktionen im Rahmen des alternativen „Klimaforums 09“, das eine eigene Deklaration verabschiedete. Umweltaktivisten, Gewerkschafter, Christen, Vertreter indigener Völker, Globalisierungskritiker und auch zahlreiche Kommunisten vereinbarten, nach dem Gipfel in ihren Heimatländern Strukturen für eine internationale Umweltbewegung zu entwickeln. Ziel ist u.a. die Mobilisierung von mehr als einer Million Aktivisten zur Klimakonferenz 2010 in Mexiko City.

Die Deutsche Kommunistische Partei begrüßt diese Initiative und wird sich an den entsprechenden lokalen Aktivitäten beteiligen, denn für die DKP ist klar:

Der Kapitalismus bekommt seine katastrophalen Auswirkungen auf den Planeten Erde nicht in den Griff - weder national noch international. Die größte Umweltbelastung ist das System. Das ist schon heute Konsens in großen Teilen der sich entwickelnden internationalen Umweltschutzbewegung. Und das ist gut so.“

Anhang:**Auszug aus: „Kann der UN-Weltklimagipfel in Kopenhagen die anthropogene Klimaveränderung stoppen?“**

isw

Budgetansatz

Generell wäre die Einigung auf die Berechnung nach einem sog. globalen „Budgetansatz“ sinnvoll, wie vom wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (s. WBGU Sondergutachten, Juli 2009) vorgeschlagen. Da die CO₂-Emissionen wegen der großen freigesetzten Mengen und der langen Verweildauer in der Atmosphäre im Zentrum aller Klimaschutzüberlegungen stehen muss, konzentriert sich der Budgetansatz auf die dominierenden CO₂-Emissionen (für die anderen THG sollten separate Maßnahmen beschlossen werden).

Dieser Budgetansatz ist folgendermaßen zu verstehen:

Wenn man das 2°C-Temperatur-Ziel mit 75 % Wahrscheinlichkeit erreichen will, dann dürfen die kumulativen CO₂-Emissionen für den gesamten Globus im Zeitraum von 1990 – 2050 nicht den Wert von 1.100 Mrd. t. CO₂ überschreiten.

Da im Zeitraum von 1990-2008 die Gesamtemission bisher ca. 500 Mrd. t CO₂ weltweit betrug, bleibt für die restliche Zeit bis 2050 somit nur noch ein Budget von 600 Mrd. t CO₂ übrig.

Um dieses globale Gesamt CO₂-Budget gleichmäßig auf die Staaten der Erde zu verteilen gibt es unter dem Aspekt der Klimagerechtigkeit kein anderes vernünftiges Prinzip als einen Pro-Kopf-Schlüssel, d.h. jedem Erdbewohner steht das gleiche Recht auf ein bestimmtes Maß an CO₂-Emissionen zu. Nach dem WBGUANsatz wären dies im Mittel für die Zeit von 2010 bis 2050 ca. 2,7 t CO₂ pro Kopf und pro Jahr. Ab dem Jahr 2050 sollte dieser Wert nur noch bei ca. 1 t CO₂ pro Kopf und pro Jahr liegen. D.h. auch Schwellen- und Entwicklungsländer, die heute oder in Zukunft über diesem Wert liegen, müssten sich bis zum Jahr 2050 ebenfalls an diesen Wert annähern.

Wenn man also nach einem solchen Pro-Kopf-Schlüssel das Gesamtbudget auf die einzelnen Staaten verteilt, dann ergibt sich für jeden Staat ein kumulatives CO₂ – Budget für den genannten Zeitraum.

- So würde z.B. China für die Zeit v. 1990-2050 ein Gesamtbudget von 239 Mrd.t CO₂ zustehen, gemäß seinem 22 %-Anteil an der Welt-Bevölkerung, davon hat es im Zeitraum von 1990-2009 75 Mrd.t CO₂ verbraucht, sodass ein Restbudget für die Zeit von 2010-2050 von 164 Mrd.t CO₂ übrigbleibt.

Allerdings würde China bei seiner geschätzten jährlichen Emissionsmenge in 2008 von ca. 6,2 Mrd.t CO₂ sein zustehendes Budget schon in 26 Jahren aufgebraucht haben, d.h. auch China muss schon heute eine Reduktion seiner CO₂-Emissionen anstreben, umso mehr noch, wenn ein zukünftiges Wachstum von Bevölkerung und Wirtschaft einkalkuliert wird.

- Die analoge Rechnung für USA ergibt ein Gesamtbudget für die Zeit von 1990-2050 von 52 Mrd. t CO₂ gemäß seinem prozentualen Anteil von ca. 4,7 % an der Welt-Bevölkerung.

Allerdings haben die USA von 1990 bis heute schon mehr als das Doppelte an CO₂ in die Atmosphäre ausgestoßen, nämlich 108 Mrd. t CO₂ . Dies bedeutet, dass USA eigentlich ab sofort bis 2050 keine Emissionsrechte mehr zustehen.

- Auch z.B. Deutschland und Russland haben nach diesem Ansatz bereits heute mehr emittiert als ihnen für den Zeitraum 1990 – 2009 zustehen würde, allerdings in wesentlich geringerem Umfang als dies bei USA der Fall ist.

Um in diesen Fällen die notwendigen Emissionsrechte aus der Vergangenheit und die - trotz beherzter Reduzierungsvereinbarungen – noch für eine Übergangszeit in Zukunft benötigten Emissionsrechte zu erwerben, müsste international ein Preis für eine Tonne CO₂ fest vereinbart werden. Dieser Preis sollte nicht zu niedrig angesetzt sein, damit ein weltweiter Klimafonds, der aus diesen Ausgleichsmitteln gespeist würde, eine relevante Größe hätte. Aus diesem Klimafonds sollten dann bei den Entwicklungsländern, die solche ihnen zustehenden Emissionsrechte nicht ausschöpfen (z.B. Indien), sowohl effektive Investitionen zur Emissionsvermeidung und als auch notwendige Anpassungsmaßnahmen an den kommenden Klimawandel finanziert werden.

Eine noch sehr grobe Kostenabschätzung auf der Basis ebenfalls noch grober Abschätzungen der notwendigen Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern (s. UNFCCC fact sheet: financing Climate change action) würde eine vorläufige Größenordnung von ca. 40\$/t CO₂ ergeben.

Daraus lässt sich die Größenordnung eines Finanztransfers von Industrieländer in Entwicklungsländer abschätzen.

Dies würde z.B. für die USA einen Finanztransfer von ca. 7 Bill. \$ für die Zeit von 1990-2050 bedeuten (Annahme dabei: Von 2010-2050 im Schnitt eine jährliche Emission von 3 Mrd. t CO₂, in 2050 sollte sich die Emission auf 1 t CO₂ pro Kopf und Jahr vermindert haben. Zuzüglich zu diesen zukünftig notwendigen Emissionsrechten ist auch das Defizit aus der Vergangenheit von 56 Mrd. t CO₂ auszugleichen).

Um unzumutbare Finanztransfers in der Anlaufphase einer solchen Vereinbarung zu verhindern, müssten sinnvolle Übergangsregelungen getroffen werden.

Ein Handel mit Emissionsrechten, wie vom WBGU vorgeschlagen, erscheint nach unserer Auffassung nicht sinnvoll, da sonst damit wieder eine Anlagesphäre für die internationale Spekulation mit den bekannten negativen Auswirkungen eröffnet würde.

Klimagerechtigkeit

Dieser Ansatz würde in völlig transparenter, nachvollziehbarer und wahrlich wünschenswerter Weise das Verursacherprinzip und das Prinzip der Klimagerechtigkeit ab 1990 zur Grundlage der Berechnung und eines finanziellen Ausgleichs zwischen Nord und Süd machen.

Die Transferleistungen sollten ausschließlich zur Finanzierung der Reduzierung der CO₂-Emissionen/des Umbaus der Energieversorgung auf regenerative Energien und der jeweils notwendigen Anpassungen an

schon regional wirksame Klimafolgeschäden (Deichbau, Bewässerung, Meerwasserentsalzung, Aufforstung, soziale Ausgleichsmaßnahmen u.ä.) und zum Stopp der Entwaldung verwendet werden dürfen.

Dieser Ansatz würde das in Sonntagsreden gerne gebrauchte Wort von der Klimagerechtigkeit auf transparente Art Wirklichkeit werden lassen.

Ein Klimakompromiss auf der Grundlage dieses Ansatzes würde von allen Ländergruppen Zugeständnisse verlangen:

- Von den Industrieländern werden weitgehende Reduktionsverpflichtungen sowie umfassende Technologie- und Finanztransfers erwartet.
- Die Schwellen- und Entwicklungsländer müssen ihrerseits akzeptieren, dass eine nachholende wirtschaftliche Entwicklung auf der Basis fossiler Energieträger nicht mehr zukunftsfähig ist, so dass auch sie möglichst rasch den Übergang zu einer klimaverträglichen Gesellschaft einleiten müssten. Allerdings würde ihnen der Weg dorthin über erhebliche Transferleistungen erheblich erleichtert werden.

Um diesen Prozess zu regulieren und zu überwachen, sollte eine nach UNO-Prinzipien arbeitende Organisation geschaffen werden – z.B. eine Weltklimaorganisation (“WCO“) – die

die notwendigen Budgets und Transferleistungen von den Industrieländern zu den Entwicklungs- und Schwellenländern berechnet, verwaltet, kontrolliert und durchsetzt. Diese Organisation sollte transparent, aber auch mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet sein.